

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Künast, Dr. Irene Mihalic, Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/17750 –**

Hass und Hetze wirksam bekämpfen, Betroffene stärken und Bürgerrechte schützen

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht zur wirksamen Bekämpfung von Rechtsextremismus, der Bedrohung ganzer Bevölkerungsgruppen sowie von Hass und Hetze im Netz die Notwendigkeit einer koordinierten Gesamtstrategie. Die dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 19/17741 zugrunde liegende Zielsetzung sei zu begrüßen, in der Sache jedoch noch verbesserungswürdig.

Sie fordert die Bundesregierung daher unter anderem dazu auf, die Zivilgesellschaft, Prävention gegen Rechtsextremismus und von Hasskriminalität Betroffene durch weitere konkrete Maßnahmen zu stärken, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 19/17741 etwa durch eine konkrete gesetzliche Regelung für die beim BKA geplante Zentralstelle zu verbessern und gemeinsam mit den Ländern die angemessene Ausstattung, Fortbildung und Aufstellung der relevanten Behörden sicherzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/17750 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2020

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Axel Müller
Berichterstatter

Uli Grötsch
Berichterstatter

Martin Hess
Berichterstatter

Konstantin Kuhle
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Axel Müller, Uli Grötsch, Martin Hess, Konstantin Kuhle, Ulla Jelpke und Dr. Irene Mihalic

I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache **19/17750** wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. März 2020 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Am 17. Juni 2020 haben der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** in seiner 97. Sitzung, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 57. Sitzung, der **Ausschuss für Kultur und Medien** in seiner 51. Sitzung und der **Ausschuss Digitale Agenda** in seiner 57. Sitzung jeweils mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17750 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Inneres und Heimat hat die Vorlage in seiner 95. Sitzung am 17. Juni 2020 gemeinsam mit dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität auf Drucksache 19/17741 beraten. Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17750 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Berlin, den 17. Juni 2020

Axel Müller
Berichtersteller

Uli Grötsch
Berichtersteller

Martin Hess
Berichtersteller

Konstantin Kuhle
Berichtersteller

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstellerin

